

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 11

Artikel: Bleibt alles beim alten? : Zu den bevorstehenden Wahlen im "dritten" Jugoslawien
Autor: Mati, Ljubomir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093132>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bleibt alles beim alten?

Im «dritten» Jugoslawien (Serbien und Montenegro) stehen auf Gemeinde- und Bundesebene am 31. Mai Parlamentswahlen an. Deren Ausgang ist allerdings noch völlig unklar. Zu viele unkalkulierbare Faktoren spielen eine Rolle: die Kriegsmüdigkeit, die katastrophale Wirtschaftslage, der internationale Druck.

Das «dritte» Jugoslawien hat nach offiziellen Angaben im April mit einer Monatsinflation von 78 Prozent begonnen. 1988 meinte der damalige Präsident Jugoslawiens, Branko Mikulić, mit einer jährlichen Inflationsrate von bis zu 100 Prozent verteidige man noch das Wirtschaftssystem, wird diese Grenze aber überschritten, verteidige man den Staat. Wenn er Recht hat, stellt sich heute die Frage nach der Zukunft des Systems.

Verarmte Bevölkerung

Nach den Worten des serbischen Ministerpräsidenten, Radoman Božović, würde die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien, sollte sie die Wahlen gewinnen, als erstes ein Antiinflationprogramm durchführen. Wie hoch die Inflation allerdings bis dann sein wird, weiss heute niemand. Und niemand weiss, wie dem begegnet werden kann. Verständlich ist deshalb, dass sogar einige Abgeordnete der serbischen Nationalversammlung die rasche Erstellung eines entsprechenden Programmes, selbst wenn es nur provisorisch sein sollte, fordern.

Nachdem schon die Programme zweier früherer serbischer Regierungen unter den Ministerpräsidenten Radmilović und Zelenovic nicht verwirklicht wurden und auch die Regierung von Božović ihr Programm bereits um drei Monate verschob, haben wohl auch die Volksabgeordneten ihre Geduld verloren. Dies um so mehr, als sich die Politik der Božović-Regierung darauf beschränkte, den sozialen Frieden zu bewahren, indem sie einfach die Preise für Grundnahrungsmittel einfro. Das hatte allerdings zur Folge, dass diese Waren vom Markt verschwanden und die Regierung die Massnahme wieder rückgängig machen musste.

Brände löschen statt verhüten

Wenn gestreikt wird — um ein anderes Beispiel anzuführen —, dann endet es mit einer Lohnerhöhung für die Streikenden, ohne für die nötige ökonomische Grundlage zu sorgen, was zur «Sozialisierung der Verluste» und zur weiteren Ankurbelung der Inflation führt. Und das Stillhalten der Rentner, die immerhin zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen, wird mit der regelmässigen Auszahlung der Renten erkauf, was allerdings wohl nur mit dem Druck zusätzlicher Geldnoten möglich ist. Das zeigt, dass die gegenwärtige Regierung sich darauf beschränkt, Brände zu löschen, statt sie zu verhüten.

Auch wenn jetzt ein Antiinflationprogramm ausgearbeitet werden soll, das dann die neue Regierung verabschiedet, so verspricht dies nichts Gutes. Jugoslawien ist ja auch nur die Summe zweier bereits bestehender Staatsgebilde mit dem Vorteil gemeinsamer Politik und Wirtschaft.

Nationalismus kontra Wirtschaftsnot

Und unter diesen Bedingungen ist auch die Frage gerechtfertigt, wie lange die Bevölkerung denn noch ausharrt, oder, um es mit Mikulić zu formulieren: Geht es inzwischen um die Verteidigung des Staates? Damit sind auch die Anhänger von wirtschaftlichen Straf- und anderen Isolationsmassnahmen gegen Serbien konfrontiert, hinter denen — ohne es besonders zu verbergen — der Versuch einer erzwungenen Machtänderung steckt.

Noch kann mit ziemlicher Sicherheit davon ausgegangen werden, dass in absehbarer Zeit keine wirtschaftlich bedingten Unruhen unter der Bevölkerung ausbrechen werden. Und dies, obwohl der Spielraum der serbischen Regierung immer enger wird, die verarmten Menschen auf Kosten der reicheren zu beruhigen. Die Angst vor dem wirtschaftlichen Niedergang verblasst nämlich vor der Angst ums eigene Überleben, nachdem der Krieg gefährlich nahe an Serbien herangerückt ist.

Insofern könnte der Satz von Mikulić heute nicht mehr zutreffen. Und auch der äussere Druck allein kann heute vermutlich

nicht mehr die angepeilte Wirkung ausüben — im Gegenteil. Es kann nicht mehr ausgeschlossen werden, dass die Isolierung Serbiens die nationale Solidarität stärken und damit die bestehende Macht stabilisieren könnte. Sicher ist jedenfalls, dass diese Macht genau diese Solidarisierung beschwört.

Abkommen zwischen Volk und Regierung?

Der einzige starke Widerstand in Serbien kommt gegenwärtig von denjenigen Wehrpflichtigen, die sich einzeln oder gar gruppenweise geweigert haben, in den Krieg zu ziehen. Und die laue Reaktion der Behörden darauf mag ein Indiz dafür sein, dass dies der wahre Preis ist, den sie für den sozialen Frieden bereit sind zu zahlen.

Es sieht fast so aus, als ob hier zwischen Volk und Regierung die stillschweigende Vereinbarung bestünde, gegenseitig die wichtigsten Interessen des anderen nicht zu tangieren: Die Regierung wird nicht übermässig das Leben ihrer Bürger gefährden, und diese werden dafür die Regierung nicht abwählen. Damit könnte es durchaus sein, dass nach den Wahlen alles beim alten bleibt. Wenn dies so ist, dann wird wahrscheinlich erst die Beendigung des Krieges und die Aufhebung der Isolierung Serbiens dazu führen, dass die verarmte Bevölkerung aufbegehrt und einen Machtumsturz mit heute noch schwer absehbaren Folgen bewirkt.

Ljubomir Matić

Korrigendum

EDA statt EMD

In der letzten Nummer ist uns in der Kastenmeldung zum Lebenslauf von Botschafterin Marianne von Grünigen leider ein Fehler unterlaufen. Selbstverständlich wurde sie nicht im Dienste des EMD, sondern des EDA in Kopenhagen und Bonn eingesetzt. Wir bitten die Leser um Entschuldigung.